

Petition gegen den Windpark im Orber Wald

GNZ
6.9.24

Bürgerinitiativen reichten Unterschriftensammlung beim Petitionsausschuss des Landtags ein

Bad Orb / Biebergemünd (re). Die beiden Bürgerinitiativen „Windkraft im Spessart“ und „Gegenwind Bad Orb“ haben die Petition „Keine Windkraftanlagen auf dem Horstberg bei Bad Orb, Biebergemünd und Jossgrund“ jetzt auch beim Petitionsausschuss des hessischen Landtags eingereicht. Das geht aus einer Pressemitteilung der beiden Organisationen hervor.

Diese Petition, in der es konkret um das Vorranggebiet 2-304 zwischen Bad Orb, Biebergemünd und Lettgenbrunn geht, wurde von 2725 Bürgern unterschrieben. Die beiden Bürgerinitiativen wenden sich an den Petitionsausschuss des hessischen Landtages, da bisher noch keiner der angeschriebenen Politiker der hessischen Landesregierung auf das Anliegen der Bürgerinitiativen ge-

antwortet hat. Auf das „befremdliche Gespräch“ bei der direkten Übergabe der Petition mit dem Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Michael Ruhl und dem CDU-Landtagsabgeordneten Michael Reul möchten die beiden Bürgerinitiativen nicht erneut eingehen (wie die GNZ bereits berichtete, waren die Vertreter der Initiativen von den Herren im Landtag zwischen Tür und Angel abgefertigt worden, obwohl sie sich auf ein stundenlanges Gespräch vorbereitet hatten).

Hintergrund der Petition ist, dass im östlichen Main-Kinzig-Kreis heute schon rund 50 Prozent aller südhessischen Windräder stehen und sich trotzdem die Spirale zum Bau weiterer Windräder im Naturpark Spessart immer schneller drehe. Die Petition von 2725 Bürgern fordert die Landesregierung auf, das Ungleichgewicht bei der Vertei-

lung der Windkraft in Südhessen zu beenden und deshalb auf Hessen-Forst und den dänischen Windkraftprojektor Ørsted einzuwirken, dieses Projekt im Naturpark Spessart nicht zu realisieren.

Die Petition an den Petitionsausschuss des hessischen Landtags weist auch auf den Koalitionsvertrag der aktuellen Hessischen Landesregierung hin. Dort werde den Kommunen das Recht einräumt, über den Bau von Windkraftanlagen in deren unmittelbaren Umgebung mitzuentcheiden. Sie fordert deshalb die Landesregierung auf, dieses im Koalitionsvertrag formulierte Recht nun auch umzusetzen. „Damit ist nicht das übliche Lockmittel, ein Paar zehntel Cent den Sturmpreises zu reduzieren gemeint, sondern das Miteigentumsrecht zum Bau von Windrädern. Schließlich sind die Betroffenen auch Miteigentümer des

Staatswaldes“, heißt es in der Pressemitteilung der Windkraftgegner.

Bei der Unterschriftensammlung für diese Petition sei den beiden Bürgerinitiativen aus Kreisen der Bevölkerung weitere aktive Unterstützung zugesagt worden. „Das gibt allen Beteiligten viel Mut und stärkt das Durchhaltevermögen. Die gewählten Politiker dagegen sollten nicht nur im Wahlkampf vom Souverän reden, sondern ihn im Alltagsleben des Regierungshandelns erklärend mitnehmen“, heißt es in der Pressemitteilung. Gerade im gegenwärtig sich drastisch verändernden gesellschaftlichen Umfeld hänge der Erfolg der Parteien der Mitte davon ab, ob sich die Bevölkerung ernst genommen fühlt. Die nicht vorhandenen Reaktionen der Mitglieder der hessischen Landesregierung ließen dies bisher vermissen.